Sieglinde Rosenberger

KOMMENTAR

Ich möchte im Folgenden in vier Punkten versuchen, einige Aspekte der sehr inspirierenden Vorträge des Vormittags aufzugreifen und einige andere bzw. zusätzliche Schlaglichter auf sie werfen.

Ich würde gerne mit den Begriffen „westeuropäischer Sozialstaat" bzw. „westeuropäisches Sozialmodell", die in den Vormittagsreferaten bereits kritisch bzw. affirmativ angeklungen sind, beginnen. Frau Havelková hat bereits die Frage gestellt, was diese Begriffe inhaltlich abdecken, was den europäischen Sozialstaat denn auszeichne. Ich frage weiter, wovon sich das „europäische" abgrenzt damit es überhaupt zum „europäischen" werden kann. Mein Zugang ist an dieser Stelle weniger reflektiv sondern assoziativ: Das westeuropäische Sozialmodell ist als Kontrapunkt zum US-amerikanischen Sozialmodell zu verstehen. Das westeuropäische Modell zeichnet sich weniger dadurch aus, dass die nationalstaatlich hergeleiteten und geprägten Sozialsysteme in Europa einem Modell folgen würden, d.h. einheitlich wären, sondern dass europäische Sozialstaaten mit dem US-amerikanischen welfare-System verglichen, mehr noch, von diesem abgegrenzt werden. Ich denke aus dem Vergleich ist tatsächlich ein „europäisches" Merkmal identifizierbar. Kennzeichen von Sozialstaaten ist es, dass Menschen in bestimmten Situationen (Risikosituationen) Zugang zu Leistungen/Transferleistungen haben. Die US-Variante ist dadurch gekennzeichnet, dass die Schwächsten der Gesellschaft tendenziell Zugang zu Leistungen haben – Sozialhilfe. Die europäische Variante ist hingegen, dass, wenn auch in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich geregelt, nicht nur die sozial Schwächsten Anspruch auf Sozialleistungen haben, sondern dass der ausgebaute Sozialstaat eine deutliche Mittelschichtorientierung zeigt, d.h. auch relativ Gutverdienende haben Zugang zu Familien- oder Gesundheitsleistungen. Dies bringt mich zum zweiten, noch wesentlicheren Unterscheidungspunkt. Wenn wir vom „westeuropäischen Sozialmodell" sprechen, dann umfasst dieses nicht nur Sozialleistungen (Geldleistungen), sondern auch den öffentlichen Sektor bzw. die öffentliche Infrastruktur (Sachleistungen). Und es ist gerade der öffentliche Sektor, der deutliche verteilungspolitische Wirkungen zeigt. Folglich möchte ich daran erinnern, dass wir, wenn wir über Sozialstaaten und deren Rolle und gesellschaftliche Funktion sprechen, nicht nur individuelle Sozialleistungen einbeziehen, sondern auch die öffentliche Infrastruktur, die allen zugänglich ist – Kindergärten, Schulen, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsmaßnahmen etc. Mit anderen Worten: ein starker Staat im Bereich des Sozialen und Gesellschaftlichen könnte das europäische Sozialmodell charakterisieren.

Mein zweiter Punkt thematisiert die Frage, was überhaupt Sozialpolitik ist. Der gesamte Vormittag war dem Thema gewidmet, folglich könnte dieser Punkt als redundant erscheinen. Trotzdem, was ist das Problem, weshalb Sozialpolitik überhaupt gebraucht wird, was hat sie zu leisten bzw. zu korrigieren? Hinter der Sozialpolitik steckt das Phänomen der sozialen Ungleichheit. Aufgabe der Sozialpolitik ist es vor allem, Konsequenzen der sogenannten primären Verteilung, die durch den Markt evoziert wird, zu korrigieren, sie zu verändern, ein Stück weit sogar neue Verteilungsverhältnisse herzustellen. Das heißt, der Sozialstaat im Sinne von Sozialleistungen (Transferleistungen) plus öffentlicher Infrastruktur schafft eine neue, eine sekundäre Verteilungssituation in der Gesellschaft. An dieser Stelle möchte ich an den

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 53–55

Vortrag von Herrn Busch anschließen. Herr Busch machte deutlich, dass die Möglichkeit einer sekundären Verteilungsstruktur von zwei Komponenten abhängig sei – einerseits von den Leistungen und Angeboten, andererseits von der Finanzierungsseite. Ich denke, die Diskussion der veränderten Sozialpolitik hat verstärkt die Diskussion um die Gestaltung von Abgaben und Steuern zu beinhalten. Leistungen des Sozialstaates sind aufs Engste mit der Finanzierung verwoben. An dieser Stelle möchte ich weiters eine Anmerkung zum Vortrag von Herrn Segert, in dem Sozialpolitik und Demokratie in eine Beziehung gesetzt wurden, machen. Liberal-repräsentative Demokratie setzt zweifelsohne ein bestimmtes Maß an sozialer Gleichheit für seine Stabilität voraus. Gleichzeitig möchte ich aber zu bedenken geben, dass umgekehrt nicht alle anti-demokratischen Strömungen mit fehlender Sozialpolitik erklärbar sind. Dies bedeutet auch, dass die Sozialpolitik nicht mit gesellschaftlichen und politischen Problemen überfrachtet werden sollte. Herr Segert deutete an, dass in mittelosteuropäischen Transformationsstaaten die hohe Unzufriedenheit mit Politik und das vergleichsweise geringe Vertrauen in die liberale Demokratie bzw. in den liberalen Staat mit dem Abbau des Sozialstaates zu tun haben könnte. Ja, darin liegt viel Plausibilität. Gleichzeitig könnte aber auch eine Überfrachtung mit Funktionen, die die Sozialpolitik leisten sollte, einhergehen. Ich versuche dies exemplarisch zu benennen. Wir haben in einigen osteuropäischen Ländern – und nicht nur in osteuropäischen Ländern – gravierende Probleme im Umgang mit ethnischen Minderheiten. Physische Gewalt ist auf der Tagesordnung. Diese Gewaltausbrüche können nun parallel zum Abbau des Sozialstaats auftreten. Trotzdem aber können wir nicht davon ausgehen, dass der reduzierte Sozialstaat erklären kann, warum sich Teile/Gruppen der sich als national homogen verstehende Mehrheitsgesellschaft Menschen der (ethnischen) Minderheiten verfolgt. Ein Blick nach Ungarn zeigt, dass bestimmte Gruppen der ungarischen Mehrheitsgesellschaft physische Gewalt ausüben, aber trotzdem wird die Erklärung für diese Radikalisierung nicht (alleine) in der wachsenden sozialen Ungleichheit zu finden sein. Ich würde sagen, soziale Ungleichheit mag diese Probleme und Konflikte verschärfen, die Ursachen liegen aber auch woanders, sie liegen möglicherweise in der fehlenden Liberalität, in der fehlenden liberalen Wertschätzung des Individuums bzw. der Grundrechte. Es scheinen gesellschaftliche Normen wie Solidarität mit Anderen und die Überzeugung der Gleichheit der Menschen mangelhaft entwickelt zu sein. Kurzum, neben dem Rückbau der sozialstaatlichen Leistungen wären also auch Werte/Normen wie Liberalität und Stellenwert des Individuums zu berücksichtigen, um anti-demokratische Entwicklungen zu verstehen.

Mein dritter Punkt: Im Anschluss an das Referat von Frau Havelková über die Geschlechterverhältnisse wird deutlich, dass die sogenannten Transformationsstaaten nicht nur Transformation von politischen Institutionen erfahren haben, sondern dass die Transformation von einer Reihe von Kontinuitäten, sogenannten Pfadabhängigkeiten, gekennzeichnet ist. Die wichtige Frage ist, warum im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Kontinuität dominiert, in anderen Strukturen und Politikfeldern hingegen Wandel. Was Frau Havelkovás Ausführungen aber auch gezeigt haben, ist, dass Politik einen Unterschied zu machen vermag. In Anbetracht der bedrängten Sozialstaaten, der wachsenden sozialen Ungleichheit, der vielen Probleme, mit denen Europa konfrontiert ist, entsteht nicht selten das Gefühl, dass Politik nicht die Kraft habe, einen Unterschied zu machen. Aber Frau Havelkovás Ausführungen haben zumindest indirekt deutlich gemacht, dass Politik gestalten kann, nämlich, dass sich selbst so vermeintlich natürliche Aspekte wie das Gebärverhalten oder Familienentscheidungen an politischen Systemgrößen ausrichten. Dies zeigt, dass nicht die Wirtschaft – wie oft geäußert – die Bedingungen diktiert, sondern dass die politischen Rahmenbedingungen selbst die privat-intimen Entscheidungen von Menschen zu

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 53–55

steuern vermag, in Abhängigkeit von durchsetzungsstarken Interessenslagen. Dies ist auch die Antwort auf die Frage, warum sich die tschechische Politik eher an traditionellen Arbeitsteilungen orientiert und nicht am skandinavischen Modell, bei dem Familie/Kinder und hohe weibliche Berufstätigkeit durchaus harmonieren.

Mein letzter Aspekt bezieht sich auf den Hinweis auf die transnationale Tarifkoordination. Im Vortrag ist der Ansatz der Transnationalität im Zusammenhang mit der Gestaltung der industriellen Beziehungen und des Arbeitsrechts angeklungen. Transnationalität bedeutet, dass in diesem Kontext weder Menschen/Arbeitskräfte noch politische Bestimmungen und Entscheidungen an den nationalen Grenzen Halt machen bzw. auf ein Staatsgebiet zu beschränken sind. Trotzdem findet transnationale Koordination kaum statt. Mehr noch, in Österreich wird zwischen unterschiedlichen Gruppen von erwerbstätigen Menschen, insbesondere in Abhängigkeit der Staatsbürgerschaft und der räumlichen Herkunft, deutlich unterschieden. Insbesondere haben Menschen, die temporär-zirkulär migrieren, deutlich weniger Arbeits- und Sozialschutz als andere. Das Beispiel sind die PflegerInnen aus den neuen Mitgliedsstaaten. Hier besteht deutlicher Handlungsbedarf für alle Sozialpartner, Arbeitnehmerwie Arbeitgeberorganisationen, aber auch für die parlamentarische Politik.

Abschließend noch eine Bemerkung zur Unzulänglichkeit nationalstaatlicher Politik bzw. die Notwendigkeit aber auch die Chancen der Europäisierung der Sozialpolitik. Auch wenn die Sozialpolitik nicht primär im Kompetenzbereich der EU liegt, so sollte doch erwähnt werden, dass in der Vergangenheit gewisse innovative Aspekte der Sozial- und Gesellschaftspolitik in erster Linie auf der EU-Ebene induziert worden sind. Dies trifft insbesondere für Österreich zu, wo sich beispielsweise die Antidiskriminierungsgesetzgebung sehr stark der Agenda-Setzung der Europäischen Union verdankt. Diese Komponenten haben in dieser Tagung aber weniger eine Rolle gespielt, Antidiskriminierung und Europäisierung könnten aber bei einer der nächsten Tagungen als Themen und transnationale Perspektiven aufgegriffen werden.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 53–55